



Rechtsausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

8. Februar 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Birgit Raddatz

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung für ein härteres Vorgehen im Kampf gegen Wohnungseinbrecher**

4

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13685

Vorlage 16/4725

Der Ausschuss beschließt, die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/13685, auf die nächste Beratungssitzung des Rechtsausschusses zu verschieben.

2 Kinder und Jugendliche schützen – Kinderehen wirksam verhindern 10

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/12848

Vorlage 16/4390

Der Ausschuss beschließt, die Beratung über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/12848, und die Auswertung der Anhörung, APr 1576, auf die nächste Beratungssitzung des Rechtsausschusses zu verschieben.

3 Bürgerinnen und Bürger besser schützen: Taschendiebstahl schärfer sanktionieren 11

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/14011

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Sachverständigenanhörung zu dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/14011, unter Benennung jeweils eines Sachverständigen pro Fraktion. Die Sachverständigen und etwaige Fragestellungen sollen innerhalb von 14 Tagen benannt werden.

4 Kölner Initiative für vernetzte Kriminalitätsbekämpfung 14

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4726

5 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs 17

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4727

6 Verschiedenes 19